

Michael Meyen

»Geistige Grenzgänger«: Medien und die deutsche Teilung

Ein Beitrag zur Rezeptionsgeschichte in
den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten

I. PROBLEM

Walter Ulbricht hatte in ein Wespennest gestoßen. Mit seiner Rede auf der Bitterfelder Konferenz wirbelte der SED-Chef am 25. April 1964 die Bonner Szene durcheinander: Die ›Süddeutsche Zeitung‹ oder auch ›Die Zeit‹ könnten an die DDR-Kioske, wenn dafür das ›Neue Deutschland‹ im Westen verkauft werde. Der schwarze Peter lag bei der Bundesregierung und verführte Regierungssprecher Karl-Günther von Hase zu einem Eiertanz. Ulbricht dürfe nicht Zensor sein und entscheiden, welche BRD-Zeitungen kommen; das ›Neue Deutschland‹ sei »Zentralorgan der KPD« – die aber habe das Bundesverfassungsgericht verboten, und außerdem würden die DDR-Blätter gegen das Grundgesetz kämpfen und hätten damit das Recht auf Meinungsfreiheit verwirkt.¹ Dass der Bundespressechef mit seinen Argumenten daneben lag (entscheidend für das Einfuhrverbot waren ausschließlich strafrechtliche Gesichtspunkte²), hat ›Der Spiegel‹ später mit Hases »Furcht vor Kommunisten-Propaganda« begründet.³ Der Regierungssprecher war kein Einzelfall. In den anderthalb Jahrzehnten zuvor hatten Politiker und Journalisten immer wieder vor östlichen Rundfunkwellen und Papierinvasionen gewarnt. Glaubt man diesen Sirengesängen, hatte der DDR-Rundfunk ausreichend Frequenzen und Sendekapazitäten, der Deutsche Fernsehfunk in Berlin-Adlershof Geld im Überfluss und die SED-Presse Rohstoffe in Hülle und Fülle.

Mit der Realität hatte das alles wenig zu tun. Der Intendant des Süddeutschen Rundfunks, Hans Bausch, meinte 1980 in seiner »Rundfunkgeschichte«, Bonn brauche sich keine Sorgen darüber zu machen, dass die DDR-Programme in weiten Teilen des Landes zu empfangen seien. Die Regierung in Ostberlin dagegen müsse mit den Westmedien rechnen. Diese seien ein wichtiger Faktor der Information und Meinungsbildung in der DDR.⁴ Als Bausch dies schrieb, präsentierte sich die DDR längst als offener Staat. Ulbrichts Nachfolger Erich Honecker brach Ende Mai 1973 ein Tabu und verkündete, dass westdeutsche Rundfunk- und Fernsehsendungen nach Belieben ein- und ausgeschaltet werden könnten. Daran war in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten nicht zu denken gewesen. Die DDR-Medienpolitik hatte sich an den Klassikern des Marxismus-Leninismus orientiert, die davon ausgegangen waren, dass ein staatliches Kommunikationssystem prinzipiell geschlossen ist. Grenzüberschreitender Informationsfluss galt als Störung und war zu unterbinden. Die Kampagnen gegen »Kriegshetzerpresse« und »Feindsen-

Der Autor ist DFG-Habilitand und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Historische und Systematische Kommunikationswissenschaft der Universität Leipzig.

der« begannen kurz nach der Währungsreform 1948 und gipfelten nach dem Mauerbau 1961 in der »Aktion Ochsenkopf«. Der Münsteraner Kommunikationswissenschaftler Rolf Geserick hat drei Strategien gegen das Westhören in der DDR ausgemacht: gerichtliche Verfolgung, technische Störung und gesellschaftlichen Druck.⁵ Geholfen hat dies offenbar nicht. Die Westsender würden drüben geradezu vergötzt, schrieb der evangelische Pressedienst »Kirche und Rundfunk« Ende 1961. Die Mitteldeutschen lauschten hingebungsvoll den Informationen und überhaupt allen Wortsendungen aus dem Westen.⁶

Dieser Bericht scheint die Befunde des US-Kommunikationsforschers Ithiel de Sola Pool zu bestätigen, der versucht hat, die Folgen eines zentral gelenkten und zentral kontrollierten Mediensystems zu systematisieren. Sola Pool beobachtete einen Rückzug in die Privatsphäre, abnehmendes politisches Engagement und einen Glaubwürdigkeitsverlust der offiziellen Medien. Der Hunger nach wahren Informationen mache ausländische Rundfunkprogramme zur wichtigsten Nachrichtenquelle und werte außerdem Gerüchte auf.⁷ Arnulf Kutsch und Rolf Geserick haben aus diesem Katalog 1984 zwei Punkte herausgegriffen, die auch für die DDR zutreffen würden: die große Bedeutung von oraler Kommunikation und von westdeutschen Rundfunksendern. Vor allem deren Informationsangebot werde genutzt, da man die heimischen Medien als unglaubwürdig ansehe.⁸

Wer sich mit dem deutsch-deutschen Medien-Alltag beschäftigt, darf nicht beim Rundfunk stehen bleiben. Der Schriftsteller Christoph Hein konnte sich bei seinem ersten Westberlin-Besuch 1956 gar nicht satt sehen an den Leuchtschrift-Nachrichten auf dem Kurfürstendamm. Daheim in der Provinz hatte er schon vorher auf dem Schulhof mit Westzeitschriften gehandelt.⁹ Umgekehrt riefen die DDR-Blätter ihre Leser immer wieder auf, Artikel und ganze Ausgaben in die Bundesrepublik zu schicken.¹⁰ Der freie Presseaustausch war nicht erst 1964 ein Thema. Wolfgang Harich meinte schon 1947, dass die Westblätter ohnehin kursieren würden und ihnen so immerhin der »Reiz des Verbotenen« genommen werden könne,¹¹ und DDR-Kulturminister Johannes R. Becher war 1955 sowohl für einen Zeitungsaustausch als auch für Störsender. Die Adenauer-Reden könnten ruhig durchkommen, nicht aber die täglichen Aufrufe zur Sabotage.

Wieviel kam wirklich »durch«? Wer nutzte jeweils die Angebote vom anderen Ufer der Elbe, wer hatte überhaupt die Möglichkeit dazu, was wurde bevorzugt? Waren es im Osten tatsächlich die Informationsangebote aus dem Westen? Und die Bundesbürger? Was haben sie mit der »Kommunisten-Propaganda« gemacht, was hat sie vielleicht zum Umschalten veranlasst? Welche Folgen hatte die ungeliebte Konkurrenz für die Medienentwicklung, für die Medienpolitik? Eine Geschichte der Medienrezeption im geteilten Deutschland kann an den »geistigen Grenzgängern« (Karl-Eduard von Schnitzler) nicht vorbeisehen, erst recht nicht in den Jahren bis zum Mauerbau, als jeder mit speziellen Angeboten um die andere Seite warb und es zwar eine neue (noch löchrige) Grenze gab, aber auch alte Gewohnheiten – und sei es nur, den »Bunten Nachmittag« aus Köln oder Leipzig zu hören.

II. QUELLEN UND METHODE

Carsten Lenk, der sich mit dem Radio in der Weimarer Republik beschäftigt hat, meinte, dass die Geschichte der Mediennutzung dem direkten sozialwissenschaftlichen Zugriff entzogen sei. Man könne die Leute bestenfalls nach ihren Erinnerungen fragen oder ihre Aufzeichnungen verwenden.¹² Alexandra Draxler ist diesen Weg gegangen. Sie hat in ihrem Heimatort in Österreich mit 14 Personen über die Einführung des Fernsehens gesprochen. Obwohl sie zu den Interviews alte Programme mitnahm, erinnerten sich die Leute nur schwer an die Inhalte und fast überhaupt nicht mehr an das, was 40 Jahre zuvor über das Fernsehen erzählt und gedacht wurde. Außerdem hätten sie spätere Entwicklungen vorverlegt.¹³ Ulla Wischermann hat dieses Phänomen damit begründet, dass Mediennutzung Routine sei. Die Erinnerungen wären deshalb nirgendwo klar verortet. Wischermann zählte vier andere Quellen für die historische Rezeptionsforschung auf: Biographien und Literatur würden direkte Hinweise auf das Verhalten liefern, Archivalien und zeitgenössische Medienerzeugnisse indirekte.¹⁴

Spätere Historikergenerationen werden solche Quellenprobleme vielleicht belächeln. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurden in Deutschland ganze Berge von Tabellenbänden produziert, gefüllt mit repräsentativen Mediennutzungsdaten. Der Weg zu einer Rezeptionsgeschichte bleibt trotzdem beschwerlich. Die meisten Messungen wurden und werden nicht von wissenschaftlichen Fragestellungen geleitet, sondern von den Interessen der Werbewirtschaft. Wer sieht oder hört welche Sendung, wer blättert in welcher Zeitschrift, raucht dieser »Leser« Zigaretten, Pfeife oder gar nichts, benutzt er ein Deo? Für Zusammenhänge und historische Entwicklungen ist diese Art der Forschung blind. Die Ergebnisse erlauben außerdem nur in Ausnahmefällen, Zeitreihen zu bilden. Die Umfragen lassen sich nicht einfach miteinander vergleichen. Einmal wurden nur Rundfunkteilnehmer befragt und beim nächsten Mal die ganze Bevölkerung, einige Studien gelten nur für begrenzte Territorien und kaum zwei verwendeten die gleiche Frageformulierung. In der Methodenliteratur werden diese Probleme kaum diskutiert. Zwar bekamen die Lehrbücher mit dem wachsenden Umfrage-Berg ein Kapitel »Sekundäranalyse«, aber hier geht es in der Regel um computergestützte Re-Analysen und schon per Definition nicht um die Nutzung von Umfrageberichten oder Datensätzen als Quelle für Geschichtsschreibung.¹⁵

Herbert Hyman, der 1972 ein großes Plädoyer für die Wiederverwendung von Umfragedaten vorgelegt hat, nannte unter der Überschrift »Benefits for theory and substantive knowledge« an erster Stelle »Understanding the past«. Natürlich habe der Historiker wie in alten Zeiten Akten und andere Schriftstücke, aber diese Quellen seien vor allem dann kaum geeignet, wenn man Verteilungen in der Gesamtbevölkerung oder Verhalten, Einstellungen und Werte messen wolle. Man habe noch nie eine Quelle gehabt, die die Realität ideal und direkt abbildet, und ob man nun aus Akten oder Umfragedaten schlussfolgere, sei im Prinzip das Gleiche. Hyman forderte, die Fehlerquellen der Untersuchungen zu diskutieren, und schlug vor, Lücken in der Überlieferung durch die Kombination verschiedener Befragungsergebnisse zu schließen.¹⁶

Die Nutzung von Meinungsforschungsergebnissen ist schon deshalb nicht unproblematisch, weil die empirische Markt- und Meinungsforschung in der Bundesrepublik von Anfang an eine Domäne kommerzieller Institute war. Ein Institut, das sich am Markt behaupten muss, kann nur das untersuchen, was bezahlt wird oder wenigstens einen Image-Gewinn verspricht. Entscheidend sind folglich nicht wissenschaftliche Fragen, sondern die Interessen der Auftraggeber.¹⁷ Der Auftraggeber wiederum kauft die Daten und wird sie in der Regel nur dann veröffentlichen, wenn es ihm nutzt. Die Konkurrenz führt dazu, dass Umfragen aus verschiedenen Einrichtungen kaum vergleichbar und damit auch nicht kontrollierbar sind. Friedhelm Neidhardt hat versucht, fünf Befragungen zum Thema Jugend zusammenzufassen. Die Institute hätten nicht nur unterschiedliche Altersvorstellungen von der »Jugend« gehabt, sondern auch unterschiedliche Fragestellungen verwendet. An einer Stelle habe ein Wort den ganzen Sinn der Frage verändert, einmal seien Mehrfachnennungen möglich gewesen, einmal nicht.¹⁸

In der DDR gab es erst Mitte der 60er-Jahre die ersten repräsentativen Erhebungen. Was vorher an Befragungen lief, knüpfte an die Traditionen der Vorkriegszeit an: Abdruck von Fragebogen, Gespräche im kleinen Kreis (manchmal auch unauffällig), Umfragen in eng begrenzten Gebieten. Dazu kamen Untersuchungen in der Bundesrepublik. Sowohl das gesamtdeutsche Ministerium in Bonn als auch der Hohe Kommissar (und ab 1955 dann die Botschaft) der USA haben bis zum Mauerbau Interviews mit DDR-Bürgern in Auftrag gegeben und sich dabei besonders für die Mediennutzung interessiert. Während das Bonner Ministerium Infratest-Mitarbeiter in Notaufnahmeflager schickte, ließen die Amerikaner Westberlin-Besucher befragen. Die Interviewer, Deutsche, gingen an Grenzübergänge und in Wechselstuben, auf Messen und zur Grünen Woche. Die Amerikaner haben alle damit verbundenen Schwierigkeiten selbst eingeräumt. Zum einen sei es gar nicht leicht gewesen, die Ostdeutschen herauszufiltern, und dann hätten sich die Leute oft beobachtet gefühlt, DDR-Agenten vermutet und ein Gespräch abgelehnt.¹⁹ Zwar hatte man einige Quoten vorgegeben (Geschlecht, Herkunft nach Ländern, Alter), um die Repräsentativität zu sichern, aber in den Forschungsberichten wurde immer wieder auf mögliche Verzerrungen hingewiesen. So seien die Leute, die nach Westberlin oder Helmstedt kämen, wahrscheinlich aktiver, aufgeweckter und hätten außerdem einen höheren ökonomischen Status.²⁰ Letzteres galt besonders für die Industrieausstellungen. Fachbesucher und Geschäftsleute sowie besser Gebildete waren hier überdurchschnittlich stark vertreten.²¹ Vielleicht haben auch die Kontrollen durch die DDR-Behörden auf dem Ring um Berlin manchen von einer Fahrt abgehalten. Einige Berufsgruppen, etwa Journalisten, mussten sich schriftlich verpflichten, Westberlin nicht zu betreten. Wer ertappt wurde, konnte entlassen werden. Die Umfragen waren zudem stark auf den RIAS zugeschnitten. Die Befragten sollten beispielsweise einschätzen, wieviel der Sender für den Osten getan habe und wie wirkungsvoll er gegen die Ostpropaganda sei, und außerdem Gründe für das RIAS-Hören angeben.²² Dass solche Fragen zu Verzerrungen führen, liegt auf der Hand.

Ähnlich problematisch scheinen die Umfragen in den Notaufnahmeflagern. Für die Insassen ging es hier um die Anerkennung als politischer Flüchtling und damit

in gewisser Weise um die Zukunft. Die Infratest-Leute wiesen zwar vor dem Gespräch darauf hin, dass die Antworten keinerlei Einfluss auf das Notaufnahmeverfahren hätten, gaben aber zu, dass die Befragten sehr gefällig gewesen seien.²³ Das verwundert angesichts der Berichterstattung in den DDR-Medien nicht (Tenor: Geheimdienstler quetschen Flüchtlinge aus).²⁴ Einige Antworten wurden bei der Auswertung ausgesondert, weil sie den Interviewern übertrieben schienen. Repräsentativität war in den Lagern nicht zu erreichen. Das Notaufnahmeverfahren durchlief in der Regel nur ein Familienmitglied, der Hauptverdiener. Bei einer Umfrage zum Rundfunkempfang 1955 waren 80 Prozent der Befragten Männer, 91 Prozent Erwerbstätige und nur ein Prozent im Rentenalter.²⁵ Michael Jansen hat es 1987 in seiner Magisterarbeit über die Ostsendungen der westdeutschen Rundfunkanstalten abgelehnt, die Ergebnisse der Infratest-Umfragen zu verwenden. Selbst dem demoskopischen Laien müsse doch klar sein, dass die Bereitschaft zur Flucht aus der DDR zu einem überdurchschnittlichen Interesse an den Westmedien geführt habe.²⁶ Dem lässt sich mehreres entgegenhalten. Zum einen war eine »Flucht« aus der DDR vor dem Mauerbau oft etwas anderes als in späterer Zeit. In den Notaufnahmelagern der 50er-Jahre überwogen »leibnahe Fluchtgründe« (Infratest-Chef Wolfgang Ernst).²⁷ Von den befragten Arbeitern hatten nicht wenige sogar Urlaub genommen, um in die DDR zurück zu können, falls sie das Verfahren nicht bestehen und so um die Vergünstigungen kommen würden.²⁸ Wenn der Interviewer gefragt hat, wie einzelne Sender zu empfangen sind, dürften Westinteresse und »Gefälligkeit« außerdem keine Rolle gespielt haben. Diese Zahlen sind verwendbar, zumal die regionale Verteilung mit den DDR-Verhältnissen übereinstimmte²⁹ und die Interviewer einen methodischen »Trick« anwandten: Man hatte die Skalen von Radiogeräten fotografiert und ließ die Befragten zeigen, wo der RIAS war.³⁰ Für die Glaubwürdigkeit der Umfragen spricht auch, dass sich sowohl Infratest als auch die Amerikaner über die Schwächen der Methode im Klaren waren und dies in die Interpretationen einfließen ließen.

Umfrageresultate sind ohnehin nicht wie Tatsachen zu interpretieren. Rolf Fröhner hat schon 1956 vor dem »gefährlichen Exaktheitskomplex« der Meinungsforscher gewarnt. Selbst wenn man präzise Zahlen gewinne, müssten sie längst nicht sachlich richtig und bedeutsam sein. Wert habe ein Ergebnis erst, wenn es in einen Sinnzusammenhang gestellt werde.³¹ Das gilt umso mehr, als das Umfrageverhalten gerade in Sachen Medien problematisch ist. Mediennutzung ist nicht nur Routine, sondern außerdem mit starken Prestigewerten belegt. Das gute Buch wird öffentlich hochgehalten, das Fernsehen dagegen hat ein Legitimationsproblem. Warum also soll der Gebildete nicht ein paar Fernsehsendungen weniger nennen und mit Lektüreerlebnissen imponieren wollen? Spiegeln Umfrageergebnisse nicht sogar eher gesellschaftliche Erwartungen als die Wirklichkeit? In der DDR kam bei den Befragten möglicherweise Angst dazu. Die Nutzung westlicher Medien war zwar nie offiziell verboten, aber einen moralischen Druck gab es. Warum also sollte man einem Unbekannten erzählen, welchen Sender man einschaltete? Das gilt auch für die Befragungen in den Notaufnahmelagern: War nicht schon ein Kommunistenfreund und damit verdächtig, wer den Berliner Rundfunk hörte?

Wer Befragungsergebnisse nutzen will, muss die Regeln der Quellenkritik, die für jede andere hermeneutische Untersuchung auch gelten, verbinden mit den Regeln für die Interpretation von Umfragen. Zunächst sind die Fehlerquellen der Erhebung zu diskutieren, der Einfluss des Auftraggebers, Samplebildung, Untersuchungsmethode und Befragungssituation sowie vor allem Frageformulierung und Skalierung. Der Münchener Zeitungswissenschaftler Hans Wagner hat darauf hingewiesen, dass ein einziges Wort in der Regel ohnehin keine Gewissheit bringe, sondern Verstehen nur denkbar sei, wenn man viele Einzelwahrnehmungen zusammenbringe.³² Damit sind die Wege zur Deutung der Zahlen vorgezeichnet: Erstens können weitere Primärquellen herangezogen werden, Ergebnisse anderer Umfragen natürlich, beispielsweise Studien aus anderen Untersuchungsgebieten oder aus einem anderen Zeitraum, sowie offizielle Statistiken, etwa Auflagenlisten oder die Teilnehmerzahlen der Post. Und zweitens ist niemand gezwungen, auf sekundäre Quellen wie Akten und Tagebücher, Leser-, Hörer- und Zuschauerbriefe oder Berichte von Hörerversammlungen zu verzichten, nur weil es jetzt eben auch Umfragen gibt. Eine besondere Rolle spielen dabei die Medien selbst. Wo sonst sollte es Hinweise auf die Rezeption geben, wenn nicht hier? Der dänische Kommunikationswissenschaftler Klaus Bruhn Jensen hat auf einen Widerspruch bei der Quellenauswertung hingewiesen: Die Historiker würden oft literarische Arbeiten wälzen, um ihre Interpretationen der Vergangenheit zu stützen, an den Diskursen der Populärkultur aber achtlos vorbeisehen. Außerdem empfahl Jensen, die Reaktionen der Elite auf die Medien zu beobachten.³³ Die professionellen Medienbeobachter kommen zwar auch in der Tages- und Wochenpresse zu Wort, der eigentliche Diskurs aber läuft in den Fachzeitschriften.

Um die dokumentierten Umfragen einordnen und deuten zu können, habe ich neben den wichtigsten Mediendiensten und Fachblättern³⁴ jeweils eine Programmzeitschrift aus Ost und West (›Hör zu‹³⁵ sowie ›Funk und Fernsehen‹³⁶), drei so genannte Meinungsmacher (›Der Spiegel‹, ›Die Welt‹, ›Neues Deutschland‹) und überlieferte Akten (Gesamtdeutsches Ministerium, Staatliches Rundfunkkomitee und Postministerium der DDR) ausgewertet. Ob Umfrage oder Expertenmeinung, ob Aktennotiz oder Leitartikel, die einzelne Quelle kann nicht mehr, als Indizien liefern. Und wenn sich diese Indizien widersprechen, wird man nicht den Stimmen, den Zahlen glauben, die dem eigenen Bild eher entsprechen, dem Bild, das man schon vor Beginn der Arbeit hatte? Die Wahrnehmung des Forschers, seine Erfahrung, seine ganz persönliche Geschichte und möglicherweise auch seine Interessen lenken den Blick, und bei allem Bemühen um Objektivität bleibt Geschichte immer Konstruktion. Was ist »historische Realität«? Sie müsse viele Quellen auf ihrer Seite haben und zugleich Platz für die Vermutung, es könne auch anders gewesen sein, meinte der Historiker Norbert Frei. In seiner Arbeit über das Nachkriegsblatt ›Südost-Kurier‹ schrieb Frei, dass keiner der Darsteller das Ende geahnt und sich in gewisser Weise niemand so gut ausgekannt habe wie der Chronist. Er habe aus viel Material eine Geschichte gebaut, von der vielleicht niemand sagen werde, so habe er sie erlebt.³⁷

III. WESTMEDIEN IN DER DDR

1. Hörfunk

An erster Stelle ist zweifellos der Hörfunk zu nennen. 1950 waren in der DDR knapp dreieinhalb Millionen Teilnehmer angemeldet. Bis 1956 kamen über 1,7 Millionen dazu. Damit hatten 81 Prozent der Haushalte ein Gerät.³⁸ Rechnet man die Schwarz Hörer mit, die es auch im Osten gab, kann man von Vollversorgung sprechen. Fast überall im Land waren westliche Sender zu empfangen. Ob sie eingeschaltet wurden, hing nicht nur von der Empfangsqualität ab (Sendestärke, Frequenzbereich, Störungen), sondern auch von den Programmen der DDR-Sender und der Möglichkeit, diese zu hören. Schon vor dem Kopenhagener Wellenplan, der die Verteilung der Frequenzen in Europa neu regelte und vor allem Deutschland benachteiligte, versorgten die östlichen Stationen nur etwa zwei Drittel der sowjetischen Besatzungszone. Nicht erreicht wurden der Nordosten, ein Streifen an der Westgrenze sowie die Regionen um Zittau und Suhle. Nach dem 15. März 1950 verschlechterte sich die Lage noch. Zunächst blieben nur die Mittelwellensender Wiederau bei Leipzig und Königs Wusterhausen am Netz. Beide waren am Tag jeweils in einem Umkreis von 100 bis 150 Kilometern zu empfangen.³⁹ In weiten Teilen des Landes war der RIAS ohne Konkurrenz. Dies änderte sich nur langsam. Das Amt für Information in Dresden stellte Anfang 1952 fest, dass der Empfang des »demokratischen Rundfunks« in Sachsen nicht besonders gut sei und ein großer Teil der Bevölkerung deshalb den RIAS einschalte. Im Kreis Oelsnitz liege dessen Quote schätzungsweise bei 60 Prozent.⁴⁰ Zwei Jahre später berichtete die Abteilung Hörerverbindung des Staatlichen Rundfunkkomitees, dass die Stationen Berlin I und Berlin III im Leipziger Raum »Pfeifsender« genannt würden. Im Kreis Sonneberg seien die DDR-Programme gar nicht zu empfangen. 90 Prozent der Einwohner hörten deshalb den Bayerischen Rundfunk.⁴¹ Die betroffenen Lokalpolitiker beschwerten sich. So schrieb der Suhler Vorstand der Nationaldemokratischen Partei im Oktober 1952 an den Rat des Bezirks, dass der Ausfall der politischen Propaganda gerade im Grenzbezirk auf Dauer untragbar sei,⁴² und der Landrat von Wernigerode verwies Anfang 1952 auf den »bürgerlichen Einschlag« im Kreis und forderte vom Mitteldeutschen Rundfunk (MDR) in Leipzig »Maßnahmen«.⁴³ Mit dem Empfang allein war es aber nicht getan. Auch wer die Wahl hatte, hörte Anfang der 50er-Jahre in der Regel einen Westsender. Die Programmierer wussten das. Auf einer Chefredakteurskonferenz im August 1950 sagte ein Vertreter des Amtes für Information, dass auch diejenigen die Sendungen abschalten würden, die der Republik wohlgesinnt seien. Das liege vor allem an den Wortprogrammen, an Phrasen und allgemeinen Redewendungen. Das »unerträgliche Geschrei« würde sich manchmal über Stunden erstrecken.⁴⁴ Ein Wortanteil von teilweise über 50 Prozent, Programmänderungen und der Dauerbeschuss mit politischen Parolen, die sogar bei Sinfoniekonzerten »eingestreut« wurden, dürften selbst Gutwillige abgeschreckt haben.⁴⁵

Die DDR reagierte aber auf die Dominanz der Westsender und hatte dabei teilweise Erfolg. Zum einen wurde der moralische Druck verstärkt. Der Chef des Amtes für Information, Gerhart Eisler, eröffnete im März 1952 eine regelrechte

Kampagne gegen das RIAS-Hören. Zwar hatte die SED schon seit Ende der 40er-Jahre zum Boykott der Westsender aufgerufen und einige, die trotzdem hörten, mit Namen und Adresse beispielsweise ins ›Neue Deutschland‹ gebracht,⁴⁶ aber Eisler wurde nun deutlicher. Wer den RIAS einschalte, sei entweder ein Narr oder ein amerikanischer Agent.⁴⁷ Die Drohung war nicht zu überhören. Vier Wochen später legte Eisler nach. In der Sprechstunde des Anglervereins Berlin-Mitte war der RIAS gelaufen. Wenn Krieg komme, schrieb Eisler, sei es mit dem Angeln vorbei. »Jawohl Herr Meier, so ernst steht die Frage, und daher kämpfen wir auch so ernst gegen das Abhören der feindlichen Sender.«⁴⁸ Seit Dezember 1950 gab es mit dem »Gesetz zum Schutz des Friedens« auch ein rechtliches Mittel, um gegen »Kriegshetzer« vorzugehen. Ein Gummiparagraph bedrohte jeden mit Gefängnis, der die Bewegung für den Frieden »verächtlich macht oder herabwürdigt«.⁴⁹

Nachdem die einzige Programmzeitschrift schon seit Anfang 1950 das RIAS-Programm nicht mehr veröffentlichte, wurden zeitgleich mit der Kampagne im ›Neuen Deutschland‹ (ND) im Frühjahr 1952 auch die westdeutschen Programme nicht mehr publiziert. Agitatoren sammelten Selbstverpflichtungen und Unterschriften gegen das RIAS-Hören.⁵⁰ Eine Brigade im Kreis Meißen schmückte sogar ihre Traktoren mit Kampflosungen gegen den RIAS.⁵¹ In der Presse begann eine kritische Debatte über das Programm der eigenen Sender (abgesehen von den Wochen nach dem 17. Juni 1953 die einzige im ganzen Jahrzehnt),⁵² und es wurden Störsender für den RIAS aufgebaut. Unterbunden werden konnte das Westhören nicht. Viele DDR-Bürger waren findig und besorgten sich leistungsfähigere Geräte. Die westdeutsche Rundfunk-Zeitschrift ›Rufer und Hörer‹ vermutete, dass die Propaganda gegen die Westsender die Nachfrage noch verstärkt hat. Die Leute würden versuchen, das zu tun, was ihnen die Diktatur verbiete.⁵³

Ein Bericht des Bereiches Rundfunk und Fernsehen im DDR-Postministerium sprach 1962 von 82 Störsendern: 35 mit zwei bis fünf Kilowatt Sendestärke und 47 mit 100 Watt. Die kleinen Anlagen würden einen Heulton senden und den RIAS-Empfang in einem Umkreis von bis zu fünf Kilometern unmöglich machen. »Im Interesse der Sicherheit« seien sie nur in Volkspolizei-Kreisämtern aufgestellt worden. Die größeren Störanlagen würden wie normale Rundfunksender auf der RIAS-Frequenz arbeiten und den »Feindsender« in einem Umkreis von zehn bis 20 Kilometern unterdrücken. In größerer Entfernung sei immerhin noch ein »Gemisch« zu hören. Der Bericht zog aber nach zehn Jahren Störtätigkeit eine vernichtende Bilanz. Zum einen sei die Unverständlichkeit der RIAS-Sendungen nur auf zwei Dritteln des DDR-Gebietes garantiert, und außerdem sei nur die Mittelwelle betroffen. Zu den zwei UKW-Frequenzen des RIAS würden noch die bundesdeutschen Mittelwellen- und UKW-Sender kommen. Der Autor schätzte, dass 80 Prozent der DDR-Bürger ungestörten Westempfang haben. Diese Zahl zu senken, scheiterte schon an der Wirtschaftsschwäche des Landes. Im zitierten Bericht wurde über fehlende Sender geklagt. Die Störanlagen seien nur als Provisorien gedacht gewesen und würden nun, nach zehn Jahren, technische Mängel aufweisen. Der Autor schlug vor, auch über die größeren Störsender einen Heulton auszustrahlen (die kleinen seien ohnehin nicht mehr zu halten, da die Volkspolizei eige-

ne Funkanlagen baue und ein anderer Ort für die Störsender wegen der »Geheimhaltung« und der »Sicherheit« nicht in Frage komme) und außerdem nur bei Wortsendungen zu arbeiten. Das werde zwar die Situation nicht verbessern, aber Energie und Kosten sparen.⁵⁴ Den ökonomischen Wettlauf mit dem RIAS, der ständig seine Sendeleistung verstärkte, konnte oder wollte (wahrscheinlich beides) die DDR nicht gewinnen. Die Störversuche trafen außerdem nicht nur den RIAS, sondern verschlechterten teilweise auch den Empfang der einheimischen Sender.

Wichtiger als die Störsender war, dass das eigene Angebot besser wurde. Der Chef des Staatlichen Rundfunkkomitees, Hermann Ley, forderte 1957 mehr Geld für den Senderausbau. Der Feindpropaganda sei nur zu begegnen, wenn überall mindestens ein UKW-Sender und alle drei Mittelwellenprogramme zu empfangen seien.⁵⁵ Obwohl man von diesem Ziel noch ein Stück entfernt war und weit hinter der Bundesrepublik zurücklag, war die Situation nicht mehr mit dem Anfang des Jahrzehnts zu vergleichen. Anfang 1958 wurden knapp zwei Drittel des Landes mit allen drei Programmen versorgt; genauso groß war das Gebiet, in dem ein DDR-UKW-Sender empfangen werden konnte, und fast überall (98 Prozent) war wenigstens ein Mittelwellensender zu hören.⁵⁶ Diesen einzuschalten, lohnte sich inzwischen auch eher. Vorbei war die Zeit, in der die Funkleute jeden Hörerbrief in der Hoffnung gelesen hatten, aus dem Schreiber etwas machen zu können.⁵⁷ Das Programm wurde stärker auf die Hörerwünsche zugeschnitten und professioneller.⁵⁸ Mitte der 50er-Jahre bemängelten einige Funktionäre, dass der eigene Rundfunk manchmal westlicher sei als der Westen selbst.⁵⁹

Indizien für den Erfolg liefern die demoskopischen Untersuchungen der US-Behörden über die DDR. Die Ergebnisberichte zeigen einen deutlichen Trend: Der RIAS, Anfang der 50er-Jahre unangefochten die Nummer eins, sank in der Hörergunst, der Nordwestdeutsche Rundfunk (NWDR) und dann seine Nachfolger Sender Freies Berlin (SFB) und Norddeutscher Rundfunk (NDR) gewannen dagegen an Bedeutung. Am meisten genannt wurden aber seit Mitte der 50er-Jahre die DDR-Sender. Exakte Zeitreihen lassen sich leider nicht aufstellen, da 1955 die Frageformulierung verändert wurde. Vielleicht hing das mit den Einbußen des RIAS zusammen, der die Auftraggeber natürlich besonders interessierte. Gaben im Juni 1951 noch 78 Prozent der Befragten an, »hauptsächlich« den RIAS zu hören, lag diese Zahl drei Jahre später nur noch bei 31 Prozent. Der NWDR (von 6 auf 37 Prozent) und die Oststationen (von 17 auf 23 Prozent) waren dagegen geklettert.⁶⁰ Von da an fragte man, welche Programme »gewöhnlich gehört« werden – und vorn waren die DDR-Sender, zunächst mit 65 Prozent (1955), dann mit über 80 und 1960 sogar mit 92 Prozent.⁶¹ Dass der RIAS seine Talfahrt (Tiefpunkt 1957: 35 Prozent) am Ende des Jahrzehnts stoppen konnte,⁶² mag mehrere Gründe haben. Die DDR-Bürger kauften sich nach und nach bessere Geräte und hörten nun möglicherweise störungsfrei auf UKW, und die DDR führte Anfang 1958 die so genannte 60:40-Regel ein, die den Anteil westlicher Musik und damit die Kosten für Tantiemen begrenzte.⁶³ Zwar meinte der DDR-Unterhaltungskünstler Heinz Quermann, dass bei Konzerten und in Gaststätten keine Norm häufiger verletzt worden sei als gerade diese,⁶⁴ aber der Rundfunk konnte sich der Kontrolle

schlecht entziehen. Wenn die Berichte des Staatlichen Rundfunkkomitees stimmen, war die Musikfarbe der DDR-Programme im Sommer 1958 eine ganz andere als ein Jahr zuvor.⁶⁵

Die US-Umfragen beweisen, dass das Staatliche Rundfunkkomitee von einem Monopol weit entfernt war. Anfang der 50er-Jahre war das Gerücht vom Einheitsempfang umgegangen: Die SED werde die Radios einziehen und statt dessen Lautsprecher in den Wohnungen anbringen, aus denen überall das gleiche Programm dudelt.⁶⁶ Selbst wenn dies je geplant gewesen sein sollte – es wäre schon an den ökonomischen Gegebenheiten gescheitert. Die DDR konnte bis Anfang der 60er-Jahre den Bedarf an Radios nicht befriedigen. Es fehlten vor allem billige Kleingeräte. Wie bei den Störsendern setzte die Wirtschaftskraft Schranken. Die offene Radio-Grenze bescherte den DDR-Bürgern aber nicht nur ein Alternativangebot. Sie zwang die Verantwortlichen auch, den Ausbau des eigenen Sendernetzes zu beschleunigen und den Wünschen der Hörer entgegenzukommen.

Die Informationspolitik der SED ignorierte allerdings, dass die große Mehrheit der Bevölkerung Zugang zu westlichen Quellen hatte und sich außerdem in Westberlin oder in der Bundesrepublik selbst ein Bild machen konnte,⁶⁷ und beschränkte damit die Akzeptanz der eigenen Medien. Die hohen Reichweiten für die DDR-Sender sind da kein Maßstab. Wie wurden die Programme bewertet, wann schaltete man um, wie lange hörte man da und wie lange dort? Der Dresdner Romanist Victor Klemperer schrieb schon im August 1945 in sein Tagebuch, dass die Dinge im Radio hundertmal rosiger aussehen würden als in Wirklichkeit. Es werde zwar nicht eigentlich gelogen, aber nur und ausschließlich vom »Schneckenfortschritt des Aufbaus« berichtet.⁶⁸ In den folgenden anderthalb Jahrzehnten klagte Klemperer, SED-Mitglied und ab 1950 Volkskammerabgeordneter, immer wieder über die Einseitigkeit der DDR-Medien und über den Dauerbeschuss mit politischen Parolen und Klischees. Ein SED-Mitglied aus Cottbus schrieb Ende 1956 an Gerhart Eisler, inzwischen Vizechef des Staatlichen Rundfunk-Komitees, dass viele Menschen im Lande beide Seiten hören würden und der Meinung seien, die Wahrheit liege in der Mitte. Als die DDR-Medien zu den Ereignissen in Ungarn und Polen geschwiegen hätten, habe sich alles bei den Westsendern orientiert. Horst Sindermann, damals Chef der Abteilung Agitation im ZK der SED, meinte, dass der Brief die Meinung der Mehrheit ausspreche.⁶⁹ Schon im Mai 1952 hatte das »Neue Deutschland« gegen die »verderbliche Auffassung« polemisiert, dass man sich im Westen informieren müsse, um zu wissen, was los ist. Sogar einige Genossen würden so denken.⁷⁰ Und nach dem Mauerbau 1961, als das Westhören Thema von Elternversammlungen wurde und wieder Unterschriftenlisten herumgingen, war eines der Argumente der Leute mit »West-Tick« (»Neues Deutschland«), dass man beide Seiten für ein Urteil brauche.⁷¹ Die 61er-Kampagne hat daran nichts geändert. Im März 1968 sagten bei einer repräsentativen Umfrage 56 Prozent der Interviewten, dass sie einen DDR-Sender einschalten würden, »um sich bei bedeutenden internationalen Ereignissen schnell zu informieren«. »Andere Rundfunkstationen« kamen nur auf ein Prozent, beide Seiten aber wollten 24 Prozent hören.⁷² Besonders das Verhältnis der letzten beiden Zahlen ist aufschlussreich, auch wenn